



Traktandum 11 / Planungsbericht Perspektiven und Konsolidierung der Kantonsfinanzen (KP17); Entwurf Kantonsratsbeschluss über die Kenntnisnahme / Finanzdepartement

1.	Antragsteller/in <u>Antrag:</u> Rückweisung	Michael Töngi
2.	Antragsteller/in <u>Bemerkung:</u> Die Auswirkungen der Veränderungen auf die einzelnen Gemeinden sind nach Möglichkeit aufzuzeigen. (Bemerkung 1)	PFK
3.	Antragsteller/in <u>Bemerkung:</u> Die durch KP17 anfallenden Mehr- oder Minderaufwände der Gemeinden sind im Projekt AFR 18 aufzuführen und zu berücksichtigen.	Peter Fabian
4.	Antragsteller/in <u>Bemerkung:</u> Das KP17 ist für die Gemeinden haushaltsneutral zu gestalten.	Angela Lüthold
5.	Antragsteller/in <u>Bemerkung:</u> Es wird angeregt zu überprüfen, ob die Steuerverwaltung sich nicht an der Schätzung durch die Gebäudeversicherung orientieren könnte. (Bemerkung 2)	PFK
6.	Antragsteller/in <u>Antrag:</u> Ablehnung Bemerkung 2 der PFK	RR/Peter Fässler

7.	Antragsteller/in <u>Bemerkung:</u>	PFK	Auf die Massnahme "Sozialhilfedossiers von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen nach 8 Jahren an die Gemeinden" (bisher 10 Jahre) sei zu verzichten. (Bemerkung 3)
8.	Antragsteller/in <u>Antrag:</u>	RR	Ablehnung Bemerkung 3 der PFK
9.	Antragsteller/in <u>Bemerkung:</u>	Marcel Budmiger	Falls PFK-Antrag angenommen: Eventualantrag: Um mittelfristig Sozialhilfeausgaben einzusparen, vergrössert der Kanton sein finanzielles Engagement für die berufliche Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen.
10.	Antragsteller/in <u>Bemerkung:</u>	PFK	Auf die Massnahme: „Mittelverteilung für Strassen und öV aus zweckgebundenen Einnahmen: öV-Projekte werden neu durch den VVL bearbeitet, Verteilschlüssel für die Verkehrsabgaben und die LSVA wird vereinfacht. Der Gemeindeanteil von 10 Prozent entfällt“ ist zu verzichten. (Bemerkung 4)
11.	Antragsteller/in <u>Antrag:</u>	K. Meile/M. Budmiger/RR	Ablehnung Bemerkung 4 der PFK
12.	Antragsteller/in <u>Bemerkung:</u>	PFK	Die Massnahmenliste unter Punkt 3.3.1 ist nicht abschliessend und die Regierung wird aufgefordert, weitere Massnahmen zur Reduktion des Fehlbetrages zu finden. (Bemerkung 5)
13.	Antragsteller/in <u>Antrag:</u>	David Roth	Ablehnung Bemerkung 5 der PFK

14.	<p>Antragsteller/in PFK <u>Bemerkung:</u> In der Botschaft zu KP17 müssen die konkrete Umsetzung und die Auswirkungen der Organisationsentwicklung und der allfälligen Kürzung der Transferzahlungen aufgezeigt werden (keine Platzhalter). (Bemerkung 6)</p>
15.	<p>Antragsteller/in RR <u>Antrag:</u> Ablehnung Bemerkung 6 der PFK</p>
16.	<p>Antragsteller/in PFK <u>Bemerkung:</u> Den in B 39 ausgewiesenen Brutto-Mehrbelastungen der Gemeinden im Zeitraum 2017-2020 durch das KP17 sind in der Botschaft KP17 die Entlastungen auf Ebene Massnahme gegenüberzustellen und damit die Zielerreichung, dass die jährliche summarische Nettomehrbelastung der Gemeinden max. 10 Millionen beträgt, zu plausibilisieren. (Bemerkung 7)</p>
17.	<p>Antragsteller/in Yvonne Hunkeler <u>Bemerkung:</u> Den in B 39 ausgewiesenen Brutto-Mehrbelastungen der Gemeinden im Zeitraum 2017-2020 durch das KP17 sind in der Botschaft KP17 die Entlastungen auf Ebene Massnahme gegenüberzustellen, damit die jährliche summarische Belastung der Gemeinden plausibilisiert werden kann. (Gegenvorschlag für Bemerkung 7 der PFK)</p>
18.	<p>Antragsteller/in RR <u>Antrag:</u> Ablehnung Bemerkung 7 der PFK</p>
19.	<p>Antragsteller/in PFK <u>Bemerkung:</u> Es ist zu prüfen, ob und wie langfristige Kapitalgewinne in der Erfolgsrechnung erfasst werden können. (Bemerkung 8)</p>
20.	<p>Antragsteller/in Monique Frey <u>Antrag:</u> Ablehnung der Bemerkung 8 der PFK</p>

21.	Antragsteller/in <u>Bemerkung:</u>	PFK	Es ist konsequent zu prüfen, ob weitere Leistungen aus dem Lotteriefonds bezahlt werden können. (Bemerkung 9)
22.	Antragsteller/in <u>Antrag:</u>	H. Stutz/Y. Hunkeler/D. Roth/RR	Ablehnung Bemerkung 9 der PFK
23.	Antragsteller/in <u>Bemerkung:</u>	PFK	Die Beratung der Steuergesetzrevision soll in einem Paket im Rahmen der Beratung von KP17 im Herbst 2016 erfolgen. Ausgenommen sind noch unbekannte Elemente der Anschlussgesetzgebung der UST III. (Bemerkung 11)
24.	Antragsteller/in <u>Antrag:</u>	Armin Hartmann	Ablehnung Bemerkung 11 der PFK
25.	Antragsteller/in <u>Bemerkung:</u>	PFK	H0-4060: Die Katasterschätzung ist einseitig (ohne GVL) zu vereinfachen. (Bemerkung 12)
26.	Antragsteller/in <u>Bemerkung:</u>	PFK	Im Bildungsbereich sind sämtliche Freifachangebote zu überprüfen. (Bemerkung 13)
27.	Antragsteller/in <u>Antrag:</u>	Monique Frey/Jacqueline Mennel	Ablehnung der Bemerkung 13
28.	Antragsteller/in <u>Bemerkung:</u>	PFK	Es sind mehrjährige Verträge mit konstanten Spitaltarifen zu prüfen. (Bemerkung 14)
29.	Antragsteller/in <u>Bemerkung:</u>	Yvonne Hunkeler	Die mit dem FLG eingeführte Änderung im Zusammenhang mit dem Bezug von neuen Bundesmitteln ist rückgängig zu machen. Die vom Bund zur Verfügung gestellten Betriebshilfe- und Investitionskreditgelder sind wie bis zum 31.12.2010 wieder als Eventualverpflichtung zu führen. Das FLG respektive die Verordnung sind so anzupassen, dass diese Mittel die Schuldenbremse nicht beeinflussen.

30.	Antragsteller/in <u>Bemerkung:</u>	PFK Bei Empfängern von Transferaufwendungen ist zu prüfen, ob die Beiträge um den Wert der Arbeitszeiterhöhung der Kernverwaltung gekürzt werden können. (Bemerkung 10)
31.	Antragsteller/in <u>Antrag:</u>	Christina Reusser/Sara Agner Ablehnung Bemerkung 10 der PFK
32.	Antragsteller/in <u>Bemerkung:</u>	Raphael Kottmann Es wird angeregt zu überprüfen, ob die geplante Arbeitszeiterhöhung beim Verwaltungspersonal von 1.25 Stunden pro Woche mit den bisher bezahlten Nachmittagspausen verrechnet werden kann.
33.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	David Roth 19/übergeordnet Auf die Massnahme "Staatsbeiträge plafonieren: Die Staatsbeiträge haben in den letzten Jahren einen markanten Kostenschub erfahren. Sie sollen deshalb plafoniert werden, indem die Indexierungen und Teuerungsausgleiche grundsätzlich ausgesetzt werden" sei zu verzichten.
34.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Giorgio Pardini 20/H9-4021 - Finanzausgleich Auf die Massnahme "Kantonaler Finanzausgleich: Reduktion Ressourcenausgleich um den Betrag der auslaufenden Besitzstandswahrungen. Die Mittel aus den auslaufenden Besitzstandswahrungs-Regelungen werden nicht mehr für den Finanzausgleich eingesetzt" sei zu verzichten.
35.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Susanne Truttmann 20/H2-3200 - Volksschulbildung Auf die Massnahme "Kantonsbeiträge an Musikschulen: Der kantonale Beitrag an die Gemeinden von durchschnittlich 350 Franken pro Lernenden wird halbiert" sei zu verzichten.
36.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Hasan Candan 22/H8-2020 - Landwirtschaft und Wald Auf die Massnahme "Abbau hoheitlicher Förster: Prüfung Stellenabbau (Flächenprojekt) im Rahmen der Organisationsentwicklungsmassnahmen (Einsparungen unwahrscheinlich) sei zu verzichten.

37.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Marcel Budmiger 23/übergeordnet Der Kanton verzichtet auf Entlassungen als Folge der Pensenerhöhungen und Organisationsentwicklungs-Massnahmen.
38.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Marcel Budmiger 23/übergeordnet Der Kanton verzichtet auf Entlassungen von Personen, die älter als 50 Jahre sind, als Folge der Pensenerhöhungen und Organisationsentwicklungs-Massnahmen. (Sofern die Bemerkung "Der Kanton verzichtet auf Entlassungen als Folge der Pensenerhöhungen und Organisationsentwicklungs-Massnahmen" keine Mehrheit finden wird.)
39.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Hans Stutz/Sara Agner 23/übergeordnet Verzicht auf Massnahme Abschaffung Dienstaltersgeschenke
40.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Yvonne Hunkeler 23/übergeordnet Auf die vollständige Streichung der Dienstaltersgeschenke ist zu verzichten.
41.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Angela Lüthold 23/H0-6610 - Stabsleistungen JSD Auf die Einführung einer Monopolabgabe der GVL sei zu verzichten.
42.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Hans Stutz/Sara Agner 24/übergeordnet Verzicht auf Massnahme „Nettoarbeitszeit Verwaltungspersonal“ erhöhen.
43.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Sara Agner 24/übergeordnet Falls Massnahme "Verzicht auf budgetwirksame Erhöhung des Personalaufwandes 2017" abgelehnt wird. Eventualantrag: Diese Massnahme sei auf zwei Jahre zu befristen.

44.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Christina Reusser 24/übergeordnet	Verzicht auf Massnahme "Verzicht auf budgetwirksame Erhöhung des Personalaufwandes 2017"
45.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Ali R. Celik/Jacqueline Mennel 24/H2 - übergeordnet	Verzicht auf Massnahme „Erhöhung Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen auf allen Bildungsstufen“
46.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Jaqueline Mennel 24/H2 - übergeordnet	Falls die Massnahme Verzicht auf Massnahme „Erhöhung Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen auf allen Bildungsstufen“ abgelehnt wird. Eventualantrag: Diese Massnahme sei auf zwei Jahre zu befristen.
47.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Yvonne Hunkeler 24/H2 - übergeordnet	Die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung soll individuell je nach Bildungsstufe unter Berücksichtigung des interkantonalen Benchmarks erfolgen.
48.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Katharina Meile/Beat Züsli 25/H0-4071 - Immobilien	Verzicht auf Massnahme Senkung Baustandards Hochbau
49.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Hans Stutz/Ylfete Fanaj 25/H1-6620 - Polizeiliche Leistungen	Verzicht auf Massnahme „Planungsbericht B 114 über die Leistungen und Ressourcen der Luzerner Polizei (Planungsbericht 2014): zeitliche Erstreckung der Personalaufstockung gemäss B 114 ab 2017 auf 8 statt 4 Jahre“
50.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Ylfete Fanaj 25/H1-6620 - Polizeiliche Leistungen	Auf die Massnahme "Luzerner Polizei: Anpassung des Stationierungskonzepts der Luzerner Polizei" wird verzichtet.

51.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Yvonne Hunkeler 25/H1-6620 - Polizeiliche Leistungen
	Die Massnahmen aus der Organisationsentwicklung sind gemäss Bemerkung zum AFP 2016-2020 ohne weitere Kürzungen bei den polizeilichen Leistungen umzusetzen.	
52.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Urs Brücker 26/H1-6640 - Strassen- und Schifffahrtswesen
	Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben um maximal 250%	
53.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Urs Brücker 26/H1-6640 - Strassen- und Schifffahrtswesen
	Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer für Fahrzeuge mit konventionellen Antrieb um 5%	
54.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Marcel Budmiger 26/H1-6640 - Strassen- und Schifffahrtswesen
	Die Motorfahrzeugsteuer für E-Bikes wird nicht erhöht.	
55.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Angela Lüthold 26/H1-6640 - Strassen- und Schifffahrtswesen
	Auf die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer für Fahrzeuge mit konventionellem Antrieb sei zu verzichten.	
56.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Ali R. Celik/Marcel Budmiger 27/H2-3500 - Hochschulbildung
	Verzicht auf Massnahme „Kürzung Trägerschaftsbeitrag an Hochschulen“	
57.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Ali R. Celik/Hasan Candan 27/H2-3500 - Hochschulbildung
	Verzicht auf Massnahme „Erhöhung der Studiengebühren“	
58.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Helene Meyer 27/H2-3300 - Gymnasiale Bildung
	Auf die Massnahme “Überprüfung der Abschaffung des Langzeitgymnasiums” sei zu verzichten.	

59.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Helene Meyer 27/H2-3399 - Berufs- und Weiterbildung
	Auf die Massnahme "Überprüfung der Fachmittelschulen mit den Profilen Pädagogik, Soziales und Musik: Kosten und Nutzen sowie das Angebot der Profile sind zu überprüfen" sei zu verzichten.	
60.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Christina Reusser/Marlene Odermatt 28/H4-5020 - Gesundheit
	Verzicht auf die Überprüfung des Angebotes der Sozialberatungsstellen im Bereich Sucht	
61.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Marlene Odermatt 28/H4-5020 - Gesundheit
	Auf die Massnahme "Neuorganisation LUKS: Kooperationen unter den Leistungserbringern sind immer wichtiger. Für diese Entwicklung ist die heutige Struktur des LUKS nicht geeignet. Zur besseren Führbarkeit und erhöhten Transparenz braucht es eine Holdingsstruktur" sei zu verzichten.	
62.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Yvonne Zemp 28/H4-5020 - Gesundheit
	Auf die Massnahme "Kürzung der Beiträge für gemeinwirtschaftliche Leistungen (GWL-Beiträge) für Sanitätsnotrufzentrale: Es soll mit verschiedenen Alternativen geprüft werden, ob eine kostengünstigere Variante für die Einsatzleitzentrale zur Verfügung steht" sei zu verzichten.	
63.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Christina Reusser 29/H5-5040 - Soziales und Gesellschaft
	Verzicht auf die Massnahme „Leistungskatalog fokussieren und Qualität“ definieren	
64.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Yvonne Zemp 29/H5-5040 - Soziales und Gesellschaft
	Auf die Massnahme "Innerkantonale Kostenbeteiligung erhöhen: Die bisherige innerkantonale Kostenbeteiligung wird angehoben und mit anrechenbaren Tagestaxen gemäss ELV und ELV harmonisiert. Einsparung des Kantons durch Differenz Kostenteiler EL (30/70) und SEG (50/50)" sei zu verzichten.	
65.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	David Roth 29/H5-5040 - Soziales und Gesellschaft
	Auf die Massnahme "Elternbeiträge Internat in Sonderschulheimen prüfen: Der bisherige Elternbeitrag für Internatskosten von monatlich 120 soll auf neu 300 Franken erhöht werden" soll verzichtet werden.	

66.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Christina Reusser/Marlene Odermatt 29/H5-5040 - Soziales und Gesellschaft
	Verzicht auf die Massnahme Senkung des Grundbedarfes für Asylsuchende	
67.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Katharina Meile/Marcel Budmiger 30/H6-2052 - öffentlicher Verkehr
	Verzicht auf Massnahme Erhöhung Kostendeckungsgrad (KDG) bei öV-Linien	
68.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Marcel Budmiger 30/H6-2052 - öffentlicher Verkehr
	Auf die Massnahme "Verzicht auf Kantonsbeiträge für Trolleybus-Fahrleitungsbau (IR): Verzicht auf künftige Elektrifizierung (ausg. Verlängerung Linie 1)" sei zu verzichten.	
69.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	David Roth 30/H6-2052 - öffentlicher Verkehr
	Der Pendlerabzug ist auf 3'650 Franken zu beschränken.	
70.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Monique Frey 31/H9-4061 - Steuern
	Begrenzung Pendlerabzug auf den Preis eines Generalabonnements 2. Klasse	
71.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Urs Brücker 31/H9-4061 - Steuern
	Begrenzung Pendlerabzug: Anpassung der maximalen Begrenzung auf denselben Betrag gemäss Gesetz direkte Bundessteuer	
72.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Angela Lüthold 31/H9-4061 - Steuern
	Auf die Begrenzung des Pendlerabzuges auf maximal 6'000 Franken sei zu verzichten.	
73.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Angela Lüthold 31/H9-4061 - Steuern
	Auf die Streichung des kantonalen Eigenbetreuungsabzuges von 2'000 Franken sei zu verzichten.	

74.	Antragsteller/in Angela Lüthold Seite 31/H7-2030 - Raum und Wirtschaft <u>Bemerkung:</u> Auf die Regionalisierung und Professionalisierung der Bauämter sei zu verzichten.
74a.	Antragsteller/in Marcel Budmiger Seite 31/übergeordnet <u>Bemerkung:</u> Bei einer allfälligen temporären Senkung der Transferaufwände wird auf weitere Kürzungen bei den SEG-Institutionen verzichtet.

75.	Antragsteller/in RR <u>Antrag:</u> zustimmende Kenntnisnahme
76.	Antragsteller/in PFK <u>Antrag:</u> Kenntnisnahme
77.	Antragsteller/in Michael Töngi/David Roth <u>Antrag:</u> Der Kantonsratsbeschluss wird ablehnend zur Kenntnis genommen.